



Neues Jahr – alte Probleme

Von Thomas Jungfer, Landesvorsitzender



Die Aggression gegenüber Polizei und Rettungskräften ist zum Jahreswechsel so offen ausgebrochen wie fast nie zuvor. In großer Anzahl wurden besonders in Berlin Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten mit Böllern und Raketen beschossen. Teilweise konnten Einsätze nicht gefahren werden oder Rettungskräfte mussten sich zurückziehen. Diese Entwicklung ist für die **DPoIG Hamburg** absolut be-

sorgniserregend, obwohl wir in Hamburg noch lange nicht die Dimension wie etwa in Berlin erreichen haben. Die steigende Gewalt Einsatzkräften gegenüber ist kein einmaliges Silvesterphänomen. Auch außerhalb des Jahreswechsels sind solche Angriffe keine Seltenheit. Die Liste der Delikte wie Bedrohungen, Nötigungen oder Angriffe verbaler oder körperlicher Art gegen Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Polizei ist lang. So gab es bereits in den ersten neun Monaten des Jahres 2022 mehr Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte als noch im vergangenen Jahr. Insgesamt wurden 1.958 Fälle verzeichnet – 184 mehr als im Vorjahreszeitraum. Darunter allein 899 tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte, im Jahr 2021 waren es 772 Fälle. Auch die zur Anzeige gebrachten Bedrohungen gegen Polizeikräfte erfuhr einen Anstieg von 80 im Jahr 2021 auf 96 im Jahr 2022. Somit werden Polizeibeamtinnen und -beamte immer häufiger Opfer. In den Jahren 2019 bis 2022 kann man einen kontinuierlichen Anstieg

verzeichnen. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Zum einen ist es der mangelnde Respekt vor der Polizei, zum anderen die steigende Aggressivität, insbesondere wenn alkoholisierte Personen kontrolliert werden, und natürlich gehört auch der Blick auf die Herkunft dazu. So sind die Täter oftmals männlich, jung und haben einen Migrationshintergrund.

Ich lasse weder mich noch die DPoIG Hamburg in eine politische Ecke drängen, aber es muss doch mal gesagt werden dürfen, dass in unserem Land in den letzten Jahren offensichtlich in Sachen Migration und Integration einiges schiefgelaufen ist.

Scheinbar ist Deutschland ein „verweichlichtes“ Land geworden, wo mutmaßlich jeder machen darf, was er will. Wehe es kommt dann die „böse“ Polizei, greift mal durch und weist die Täter, auch durch die Ausübung rechtmäßiger Gewalt, in ihre Schranken. Dann kommen sofort die alltäglichen, überflüssigen Meinungsmacher – von einschlägigen Politikern bis hin zu sogenannten Polizeiwissenschaftlern –, stellen sich eher vor die Täter und fordern sofort wieder irgendeine Studie, um darlegen zu können, wie rassistisch und gewalttätig doch die Polizei ist. Falls dann jemand verurteilt wird, dann

hilft es nicht, ein mildes Urteil zu fällen. Es muss mit der vollen Härte des Gesetzes geurteilt werden, um auch mal abschreckend zu wirken und zu zeigen, dass sich hier eben nicht jeder alles erlauben darf. Der Polizei sollte der Rücken durch die politischen Verantwortlichen gestärkt werden und sie sollte sich den nötigen Respekt in Teilen der Bevölkerung zurückholen. Ich erwarte keinen Untertanengeist von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber den Polizeibediensteten, doch gegen sie gerichtete Gewalttaten sind nicht hinnehmbar. Im Zuge der steigenden Gewalt gegenüber Polizeibeschäftigten fordert die **DPoIG Hamburg** vom Senat mehr staatliche Unterstützung bei der Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche gegen Straftäter. **„Liegt ein rechtskräftig festgestellter Schadensersatz-beziehungsweise Schmerzensgeldanspruch vor, muss die Stadt Hamburg gegenüber dem Geschädigten in Vorleistung treten. Das Risiko, vom Rechtsbrecher letztendlich keine finanzielle Wiedergutmachung zu erhalten, darf nicht länger dem geschädigten Polizeibeschäftigten aufgebürdet werden. Nach Forderungsabtretung kann die Stadt Hamburg das verauslagte Geld seinerseits wieder beim Schuldner einfordern.“**

> Kurz erklärt

Was bedeutet Migrationshintergrund?

„Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen. Die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges haben (gemäß Bundesvertriebenengesetz) einen gesonderten Status, sie und ihre Nachkommen zählen daher nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund.“

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (01 75) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Frank Riebow, Marco
Zitzow, **DPoIG Hamburg**
ISSN 0723-2230





DPoIG meets LKAL

Ende November des vergangenen Jahres kamen der Landesvorsitzende der **DPoIG Hamburg**, Thomas Jungfer, Beate Petrou, Fachbereichsvorsitzende Verwaltung, und Henning Pohl, Fachbereichsvorsitzender Kriminalpolizei, mit dem Leiter des LKA Hamburg, LKD Jan Hieber, zu einem ersten Informations- und Meinungsaustausch zusammen. Zunächst gab LKAL einen Sachstand zum Prozess „Kripo

weiter denken“. Das von ihm gezeichnete Bild eines zukunfts-fähig aufgestellten Landeskriminalamts wurde inzwischen der Behörden- und Amtsleitung und dem im LKA tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgestellt. Erste Veränderungsansätze wurden bereits erarbeitet. Außerdem wurden Themen wie die mögliche, von der **DPoIG** abgelehnte Leiharbeit im LKA, eine genaue Personaldatenerhebung



© Frank Riebow (2)



und die Belastungen in einigen Abteilungen/Dienststellen des LKA kurz erörtert. Ein spezielles Thema sind hier auch die Stellensituation und die Eingruppierungsmöglichkeiten im LKA 1 (MUK und Betrug) sowie die Schaffung von tariflichen Kriminalassistenten. Die **DPoIG Hamburg** hat selbstverständlich ein Interesse daran, die Belastung unserer Kolleginnen und Kollegen im LKA möglichst gering zu halten und nach sachgerech-

ten sowie zielorientierten Lösungen zu suchen. Ob Personalentwicklung, Entwicklung von neuen Berufsbildern und zusätzlichen Dienstposten, gerechte Eingruppierung, Änderung der Arbeitsabläufe oder Aufgabenkritik, hier gilt es, die Möglichkeiten zu prüfen und neue, kreative Ideen einzubringen. **DPoIG** und LKAL vereinbarten, im Dialog zu bleiben und weitere Gespräche zu führen.

Der Landesvorstand

Amtsangemessene Alimentation – anderswo

Baden-Württemberg: Der Landtag hat am 9. November 2022 das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen beschlossen. Unter dem Eindruck der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation sowie zur Alimentation kinderreicher Familien hat das Land Baden-Württemberg Verbesserungen in Kraft gesetzt, um die Landesbeamtinnen und -beamten rechtskonform und amtsangemessen zu alimentieren. Was wurde unter anderem beschlossen? Die Eingangssämter im mittleren und gehobenen

Dienst wurden angehoben: Die Eingangssämter des mittleren Dienstes sind ab dem 1. Dezember 2022 von A 7 auf

A 8 angehoben worden. Der Berufseinstieg in den gehobenen Dienst beginnt künftig in A 10 bei den nichttechnischen



© Pixabay

und in A 11 bei den technischen Laufbahnen. Das Endamt im mittleren Dienst wird von A 9 nach A 10 beziehungsweise von A 9 mit Zulage nach A 10 mit Zulage angehoben. Die erste und zweite Erfahrungsstufe wurden in der Besoldungstabelle gestrichen und die kinderbezogenen Familienzuschläge wurden erhöht. Der Gesetzgeber setzt damit bisherige Gerichtsentscheidungen um. Aber auch in Baden-Württemberg ist es nur der Widerspruchsbereitschaft der betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, dass jetzt erste Verbesserungen greifen. ■



Betriebliches Gesundheitsmanagement – die Verantwortung der Führungskräfte

Von Klemens Burzlaff, Personalratsvorsitzender und Erster stellvertretender Landesvorsitzender

Knapp zweieinhalb Jahre gibt es jetzt das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM). Unter der Leitung von Birgit Vitense und Dennis Wagner hat sich das BGM in der Polizei etabliert. Einen ersten Rückblick habe ich in meiner Funktion als Personalratsvorsitzender auf der Personalversammlung der Polizei im November des vergangenen Jahres in der Laeiszhalle gegeben.

> Was verbirgt sich eigentlich genau hinter diesem Begriff, wer unterstützt diesen Prozess und warum bin ich davon überzeugt, dass wir dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement jedwede Unterstützung zukommen lassen sollten?

So wie fast immer und überall steht am Anfang eines solchen Prozesses häufig sowohl ein nicht vorhandenes konzeptionelles als auch einheitliches Vorgehen. Deshalb war die Entscheidung von Polizeipräsident Ralf Martin Meyer, eine Dienststelle zu schaffen, die die vielen guten Ansätze im Gesundheitsmanagement zusammenführt, die richtige und logische Konsequenz und somit die Geburtsstunde des BGM!

> Im Mittelpunkt: Der Mensch!

Konnte sich eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Polizei in der Vergangenheit vielleicht noch gedanklich von seinem Dienst lösen und fand den nötigen Ausgleich im privaten und familiären Umfeld, stellt sich dies derzeit ganz anders dar. Auch nach dem Dienst, nach belastenden Ereignissen ist beispielsweise ein Polizeibeamter im Krisenmodus. Pandemie, Ukraine-Krieg, die Energiekrise oder die Inflation begleiten ihn



auch in seiner Freizeit. Kolleginnen und Kollegen werden durch diese Situation zermürbt, Überlastungssyndrome und unterschiedliche psychosomatische Erkrankungen sind oft die Folge. Der Körper schaltet notgedrungen in den Stand-by-Modus und die „Ressource“ Mensch ist dann nicht mehr „verfügbar“, sondern „funktioniert“. Die Polizei ist gut beraten, genau hinzuschauen und dafür zu sorgen, dass solche krank-

machenden Situationen nicht eintreten.

> Hier übernimmt das BGM.

Ein Beispiel: Die Dienststelle plant eine Veränderung im Arbeitsumfeld. Sie sollte sich vorher genau überlegen, welches „Puzzleteil“ der Gesundheit von Mitarbeitern dadurch möglicherweise beeinträchtigt wird und welche negativen Effekte ungewollt ausgelöst werden können. Dabei spielen die Vorgesetzten eine enorm wichtige Rolle. Nicht nur, dass es ihnen obliegt, mit den Mitarbeitern in den Austausch zu gehen, um herauszufinden was sie umtreibt. Nein, die Dienstvorgesetzten dürfen auch nicht pauschal eigene „gesundheitliche“ Überlegungen auf alle Mitarbeiter übertragen („... hat mir ja auch nie geschadet“). Wichtig ist, dass die Vorgesetzten die Wünsche und Vorstellungen der Mitarbeiter nicht mit ihren Erwartungen abgleichen und Mitarbeiter rastern („passt, passt nicht“). Klar ist natürlich auch, dass die individuellen Bedürfnisse der Mitarbeiter nie zu einhundert Prozent beachtet werden können. Dennoch besteht durch die Vorgesetzten die Chance, positiv Einfluss zu nehmen und berechtigte Anliegen der Mitarbeiter zu stärken. Das BGM der Polizei Hamburg nutzt hierfür die arbeitsschutzrechtliche Vorgabe der psychischen Gefährdungsbeurteilung. Dabei werden die Mitarbeiter in verschiedenen Arbeitskontexten interviewt, um dann mit den Ergebnissen gezielt unterstützen zu können und individuelle Ressourcen der Mitarbeiter zu stärken.



> Klemens Burzlaff

© DPoIG Hamburg

Hier endet es nicht: Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung müssen gesundheitsfördernde Maßnahmen und eine reflektierte Haltung der Mitarbeiter, des Teams, aber vor allem der Führungskräfte sein. Das ist ein Teil des Ganzen, um letztlich zu vermeiden, dass die Mitarbeiter in einen persönlichen, gesundheitsgefährdenden Krisenmodus geraten. Das BGM sieht dies als Fürsorgemaßnahme, und jede Führungskraft der Hamburger Polizei sollte sich diese Überlegungen zu eigen machen.

> Ich bin der Auffassung, dass hier der richtige Weg gewählt wurde, und sehe es als Aufgabe aller Organisationseinheiten an, diesen Weg gemeinsam zu gehen!

Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem die Organisationsleiter darüber entscheiden, wie es weitergeht. Lebt jeder weiter in seinem eigenen Kosmos oder denken wir gemeinsam groß und unterstützen das Betriebliche Gesundheitsmanagement und dadurch alle Polizeibeschäftigten, denn sie sind es, die am meisten davon profitieren. Aber eines muss auch klar sein: Lippenbekenntnisse und Worthülsen helfen nicht weiter! ■



Die Verkehrsdirektion wächst

Von Andreas Dubsky,
Erster stellvertretender Vorsitzender Fachbereich Schutzpolizei

In Hamburg gab es im vergangenen Jahr mehr als 4.100 Unfälle mit Radfahrern als Beteiligte. Im Vorjahresvergleich eine Steigerung im unteren zweistelligen Prozentbereich – drei Radfahrer verstarben aufgrund ihrer schweren Verletzungen. Die gesellschaftliche Entwicklung, die Zunahme des Umweltbewusstseins und die Förderung des Radverkehrs haben in Hamburg zu einer stetigen Zunahme Rad fahrender Menschen geführt. Um den sich daraus ergebenden wachsenden Bedarf an polizeilichen Kontrollen und der Überwachung des Radverkehrs zu gewährleisten, wurden im Jahr 2022 zwei weitere Dienstgruppen Fahrrad organisatorisch eingerichtet. Die Fahrradstaffel West gab es ja bereits seit 2004. Der Süden und Osten zogen im

Jahr 2020 nach. Angesichts der steigenden Unfallzahlen sind die 30 geschaffenen Dienstposten begrüßenswert, aber ein Tropfen auf dem heißen Stein – zumal sie nicht alle besetzt sind. Auf den Radverkehr Einfluss nimmt auch die neu gegründete Verkehrsdirektion 1. Verkehrsüberwachung und Transportgenehmigungsmanagement/Großveranstaltungen lautet die offizielle Bezeichnung. Mit der Senatsdrucksache 22/564 wurde eine „Neustrukturierung der Behörden 2020“ auf den Weg gebracht. Im Rahmen dieser Neustrukturierung gingen die Verkehrsüberwachung und das Sachgebiet Großraum-

und Schwertransporte sowie Veranstaltungen vom Landesbetrieb Verkehr zurück zur Polizei. Die neue VD 1 wurde damit geboren. Die personell größte Gruppe dieser Dienststelle bilden die Kolleginnen und Kollegen der operativen Verkehrsüberwachung. Mit einem auf dem Papier zur Verfügung stehenden Personal-

(mGÜA). Die mGÜA werden in enger Zusammenarbeit mit dem Stab der Verkehrsdirektion eingesetzt beziehungsweise aufgestellt. Die gesamten in der VD 1 gefertigten Fotos von Verkehrsverstößen werden in der Bildauswertung umgehend bearbeitet und an die Bußgeldstelle weitergeleitet. Die VD 12 (Transportgenehmigungsma-



> Andreas Dubsky

© DPoIG Hamburg

zweig ist stark anwachsend und bedarf einer intensiven Überwachung. Die technische Entwicklung erfordert hier ein hohes Maß an Spezialisierung der kontrollierenden Kolleginnen und Kollegen, was in der bisherigen Struktur der VD schwer zu gewährleisten war. Um das Arbeitsfeld Schwerlastverkehr komplett zu machen, wurde die Vermögensabschöpfung (ehemals VD 33 jetzt VD 43) ebenfalls der VD 4 zugeschrieben. Die

Bearbeitung spezieller Verkehrsangelegenheiten (ehemals VD 43 jetzt VD 33) wurde im Gegenzug zur VD 3 verlagert. Diese Umstrukturierungen und die damit verbundenen Spezialisierungen innerhalb der Verkehrsdirektion sind ein guter Ansatz, um auf die aktuellen Entwicklungen reagieren zu können. Sie können allerdings nur dann umgesetzt werden, wenn die geschaffenen Stellen auch mit Personal gedeckt sind. Die **DPoIG Hamburg** ist sich mit den Kolleginnen und Kollegen einig: Die am besten geplante Kampagne nützt nichts, wenn man sie am Ende personell nicht auf die Straße bekommt.



© DPoIG Hamburg

körper von fast 90 Stellen ist die Verkehrsflussoptimierung die Hauptaufgabe. Darunter fallen das Freihalten von Radwegen, das Verhindern des Parkens in zweiter Reihe auf Hauptverkehrsachsen sowie das Freihalten von Busspuren und Bushaltestellen. Des Weiteren werden durch die operative Verkehrsüberwachung die sieben Geschwindigkeitsüberwachungskraftwagen (GÜKW) besetzt. Diese schwärmen von der Glacischaussee hamburgweit aus. Die Mitarbeiter der Anlagenbetreuung kümmern sich um die stationären Überwachungsanlagen sowie die mobilen Geschwindigkeitsüberwachungsanhänger

nagement/Großveranstaltungen) zog ebenfalls vom LBV zur Polizei. Bei der VD 12 werden unter anderem Anträge auf Ausnahmegenehmigungen von den Vorschriften der Straßenverkehrszulassungsordnung bearbeitet – häufig auch für Großraum- und Schwertransporte.

Ein Metier, in dem sich die neu gegründete Dienstgruppe Schwerlastverkehr (VD 413), auch gerne bewegt. Hamburg ist aufgrund seiner geografischen Lage, des Hafens und der Ansiedlung vieler Transport- und Logistikunternehmen ein Hauptknotenpunkt für den gewerblichen Güterkraftverkehr. Dieser Verkehrs-



Jahrestreffen der Senioren

Endlich konnten sich unsere Seniorinnen und Senioren wieder ohne Coronaaufgaben oder sonstige Beschränkungen in unserer Geschäftsstelle treffen. Anfang Dezember des vergangenen Jahres lud die **DPoIG Hamburg** „ihre“ Pensionäre zum vorweihnachtlichen Jahrestreffen in die Landesgeschäftsstelle ein. Freddi Lohse, Seniorenbeauftragter unserer Gewerkschaft, und Klaus Vöge, hatten mit den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle wie

staltungssaal fast bis auf den letzten Platz gefüllt.

Freddi Lohse und Klaus Vöge empfingen unsere „Ehemaligen“ ganz herzlich bei ihrer **DPoIG** und freuten sich, alle gesund und munter begrüßen zu dürfen. Zunächst verfolgten unsere Pensionäre aufmerksam die Ausführungen des langjährigen ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Freddi Lohse, der nun als Pensionär und Seniorenbeauftragter



© Frank Riebow (2)



immer alles auf den Punkt vorbereitet. Unsere pensionierten Kolleginnen und Kollegen muss man nicht lange bitten und so war auch diesmal der Veran-

seine vielfältigen Erfahrungen aus dem aktiven Dienst in die Betreuungsarbeit für unsere Senioren einbringt. Das gilt ebenso für unseren langjähri-

gen ehemaligen Landesvize Klaus Vöge. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für euer Engagement. Kolleginnen und Kollegen zu beraten und zu unterstützen und dies auch über den aktiven Dienst hinaus, ist für die **DPoIG Hamburg** eine Herzenssache. Deshalb empfehlen wir allen unseren Mitgliedern, ihrer **DPoIG** auch nach der Pensionierung treu zu bleiben. Wer, wenn nicht Gewerkschafter und Personalräte, ob noch selbst aktiv oder bereits im Ruhestand, können kompetent und unabhängig in versicherungs- und versorgungsrechtlichen Fragen beraten? Die **DPoIG** hilft auch im Ruhestand, zum Beispiel bei Problemen mit der Beihilfe oder der Gewährung von Rechtsschutz beispielsweise bei Fragen zur amtsangemessenen Alimentation und Versorgung. Aber auch

in schwierigen Lebenssituationen wie zum Beispiel bei Todesfällen, bei Ehescheidung, Verschuldung und gesundheitlichen Problemen steht die Seniorenvertretung der **DPoIG** mit Rat und Tat zur Seite. Selbstverständlich ließ es sich unser Landesvorsitzender Thomas Jungfer nicht nehmen, unsere Senioren zu begrüßen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Er berichtete zu aktuellen Entwicklungen in der Polizei Hamburg und zum Dauerbrenner amtsangemessene Alimentation. Das war ein rundum gelungener Nachmittag und wir freuen uns bereits jetzt auf das Treffen im Dezember dieses Jahres. Ein herzlicher Dank geht von hier aus an die fleißigen Helfer im Hintergrund. Ein besonderes Dankeschön gilt wie immer den Mitarbeiterinnen unserer Geschäftsstelle. ■

„Gebührenbescheid folgt“

Bisher mussten Störer in Hamburg nur dann zahlen, wenn sie beispielsweise bei einer Ingefahrnehmung den Streifenwagen demoliert oder die Zelle verdreckt haben. Das hat sich geändert: Menschen, die in Hamburg von der Polizei in Gewahrsam genommen werden, müssen grundsätzlich für entstehende Kosten aufkommen. Das kann unter Umständen durchaus teuer werden.

Berechnet wird zunächst jeder Kilometer, den eine in Gewahrsam genommene Person in einem Polizeifahrzeug transportiert wird. Für den Funkstreifenwagen sind dabei lediglich ein Euro pro Kilometer fällig, der Gefangenen-transporter schlägt bereits mit zehn Euro pro Kilometer

zu Buche. Auch anteilige Personalkosten für die im Rahmen der Gewahrsamnahme eingesetzten Kolleginnen und Kolle-

gen werden seit dem 1. Januar dieses Jahres in Rechnung gestellt. 33,20 Euro werden je angefangener halben Stunde für jeden eingesetzten Beamten fällig. Bei üblichen zwei Polizeibeamten oder Polizeiangeestellten pro Dienstfahrzeug macht das selbst bei einem Kurzeinsatz 66,40 Euro. Der Aufenthalt in der Verwahrstelle kostet die ersten sechs Stunden 40 Euro, danach 6,20 Euro pro Stunde. ■



© Fotolia



Neue Wege in die Zukunft

dbb Landesjugendtag stellt Weichen für die kommende Zeit

Von Nicholas Kriegk, Landesjugendleiter



© DPoIG Hamburg

> Nicholas Kriegk

Anfang Dezember fand im Bürgerhaus Wilhelmsburg der 24. Landesjugendtag der dbb jugend hamburg statt. Insgesamt 32 Delegierte der verschiedenen Fachgewerkschaften und zahlreiche Gäste, unter anderem Finanzsenator Dr. Andreas Dressel, verbrachten einen interessanten und kurzweiligen Tag miteinander. Die JUNGE POLIZEI der DPoIG Hamburg war als größte Nachwuchsorganisation im dbb Hamburg mit neun Delegierten präsent. Eröffnet wurde der Landesjugendtag durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden der dbb jugend, Marco Klein (DSTG), da „unser“ Landesvorsitzender Matthias Hoppe (DPoIG) krankheitsbedingt bedauerlicherweise nicht anwesend sein konnte. „Matze“ ließ es sich aber nicht nehmen, sich via Videobotschaften virtuell hin und wieder „blicken“ und „hören“ zu lassen. Anschließend folgte dbb Landesvorsitzender Rudolf Klüver mit einem Grußwort, in dem er unter anderem die 93er-Vereinbarung zum mobi-

len Arbeiten oder das Thema der amtsangemessenen Alimentation ansprach. Zudem führte er auch als Tagungspräsident durch den Landesjugendtag. Wie bereits erwähnt durften die Delegierten des Landesjugendtages dann als besonderen Gast Hamburgs Finanzsenator Dr. Andreas Dressel begrüßen. In seiner Rede sprach der Finanzsenator, der übrigens den Vorsitz der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) übernimmt und damit die kommenden Tarifverhandlungen aufseiten der öffentlichen Arbeitgeber führt, viele Themenfelder an, die den Nachwuchs im öffentlichen Dienst derzeit bewegen. Kapazitäten für bezahlbares Wohnen in Hamburg, die Dienstvereinbarung „Dienst an einem anderen Ort“ oder Ideen zu neuen Raumkonzepten waren nur einige der Themen. Hinterher stellte sich der Senator den Fragen der Delegierten in einer angeregten Diskussion. Es folgten der Bericht der Landesjugendleitung, der Finanzbericht und der Bericht der Rechnungsprüfer, bevor die Delegierten die Landesjugendleitung schließlich entlasteten. An dieser Stelle möchte sich die JUNGE POLIZEI einmal ganz herzlich bei der dbb jugend für eure Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode bedanken! Im weiteren Verlauf des Tages stand die Wahl einer neuen Landesjugendleitung auf der Tagesordnung. Der neue ist der alte Vorsitzende, „unser“ Matthias Hoppe wurde mit einer überragenden Mehrheit wiedergewählt. Lieber „Matze“,



© DPoIG Hamburg

vielen Dank für deine bisherige Arbeit und weiterhin viel Erfolg in der neuen Legislaturperiode. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Karla Bonitz (DSTG), Lisa Schmidt (BDZ), Marco Klein (DSTG), Felix Reising (BDZ) und Thies Marten Rohwer (komba) gewählt. Auch euch wünschen wir immer ein glückliches Händchen bei euren Entscheidungen. Vorsitzender des Wahlausschusses war Paul Klinger (DPoIG), einer seiner Wahlhelfer für den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen war übrigens Christoph Sietz von der JUNGEN POLIZEI.

Als letzter großer Tagesordnungspunkt wurde über diverse Anträge abgestimmt. Unter anderem ging es um eine klare und unmissverständliche Positionierung zum Umgang mit Extremismus und Populismus. Dann weniger politisch, aber auch notwendig, um die Beihilfegrenzen für Nachwuchskräfte, bezahlbaren Wohnraum oder beispielsweise auch die Nachwuchsförderung. Abschließend beendete Marco Klein den 24. Landesjugendtag und schloss mit dem Motto des Tages: „Zukunft? Nur mit uns!“

> Social-Media-Fundstück

Instagram-Fundstück des Monats



© Pixabay



„Die Jugendlichen sind auf uns zugerannt gekommen, um uns wirklich gezielt ins Gesicht zu schießen. Ich hatte zum ersten Mal richtig Angst in meinem Job.“

Ein Berliner Feuerwehrmann schildert seine Erlebnisse aus der Silvesternacht.



Bilder: Imago images/Marius Schwarz

RABATTE



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Wir bieten unseren Mitgliedern nicht nur eine hervorragende Absicherung rund um den Dienst, sondern darüber hinaus auch attraktive Einkaufsvorteile für alle Lebenslagen. Profitiere auch Du als DPoIG-Mitglied von unseren Kooperationsvereinbarungen.

PRIME TIME FITNESS

Diverse Sonderkonditionen.
www.primetime-fitness.de



FAHRSCHULE FUHLSBÜTTEL

100€ Rabatt auf den Grundbetrag + 50% Rabatt auf Lehrmaterial.
www.fahrschule-fuhlsbuettel.de



POLAS SHOP

10% Rabatt auf das gesamte Sortiment.
www.polasonline.de



MILES CARSHARING

25€ anstatt 5€ Startguthaben.
www.miles-mobility.com



POLIZEIMEMESHOP

15% Rabatt auf das gesamte Sortiment.
www.polizeimemeshop.de



FITNESSSTUDIO TRU FITNESS BARMEK

Diverse Sonderkonditionen.
www.trufitness.de



HAMBURGER LAUFLADEN IN WINTERHUDE

10% Rabatt auf das gesamte Sortiment.
www.hamburger-laufladen.de



JUMP HOUSE HAMBURG-STELLINGEN UND -POPPENBÜTTEL

Unter der Woche „90min zum Preis für 60min“. Wichtig: Gutschein auf unserer Homepage herunterladen und vorzeigen.
www.jumphouse.de



SPORTSFREUND FITNESS OSTSTEINBEK

Diverse Sonderkonditionen.
www.sportsfreund-fitness-hamburg.de



DPoIG VORTEILSPLATTFORM

Einkaufen zu absoluten Sonderkonditionen z.B. bei JAKO, Depot, Ikea, Zalando, Höffner.
www.dpolg-vorteile.de



5.11 TACTICAL STORE

10% Rabatt auf das gesamte Sortiment.
www.511tactical.com/de-en



HERUTH REISEMOBILE

5% Rabatt bei Vermietung oder bei Kauf eines Wohnwagens/ Wohnmobils.
www.heruth-reisemobile.de



FITNESSSTUDIO MCFIT

Trainiere für 16,00€ anstatt 19,90€ / Monat.



DBB AUTOABO

Bequem zahlreiche Modelle online buchen mit flexibler Laufzeit zur attraktiven All-inclusive-Monatsrate mit individuellen Rabatten.
www.dbb-autoabo.de



FITNESSSTUDIO JOHN REED

Trainiere für 21,00€ anstatt 30,00€ / Monat.



DPoIG SERVICE GMBH

Unschlagbare Mobilfunkrahmenverträge aller Netzbetreiber und u.a. vergünstigte Sky-Verträge.
www.dpolg-service.de



FITNESSSTUDIO BENEFIT STUDIO CITY NORD

Diverse Sonderkonditionen.
www.benefit-fitness.de/hamburg-winterhude



AUTOVERMIETUNGEN UND REIFEN

Verschiedene Rabatte bei der Vermietung von Autos und beim Reifenkauf.



FITNESSSTUDIO ATRIUM SPORTS FARMSEN-BERNE

Diverse Sonderkonditionen für DPoIG-Mitglieder
www.atrium-sports.de



FRAUENSCHNICKSCHNACK IN SASSEL

10% Rabatt auf Bekleidung, Accessoires und Schmuck.
www.frauenschnick Schnack.de



WUNDERTAX STEUERERKLÄRUNG

Erstelle einfach und schnell deine Steuererklärung inkl. Rabatt.



DBB VORSORGEWERK & VORTEILSWELT

Angebote zu den Themen Versicherungen und Finanzen, sowie eine Einkaufs- und Erlebnisplattform mit über 160 Markenshops.
www.dbb-vorteilswelt.de



DEKOMAGIE IN BARMBEK

10% Rabatt auf Wohnaccessoires, Deko- und Geschenkartikel, Mode und Schmuck.
www.dekomagie.de



BB BANK BEZÜGEKONTO

Die BB Bank bietet DPoIG-Mitgliedern und deren Angehörigen attraktive Vorteile.
www.bbbank.de/dpolg



BITTE BEACHTEN

Unsere Kooperationspartner werden ständig erweitert.
Für weitere aktuelle Infos besuche unsere Website unter www.dpolg-hh.de



Neu: elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

Am 1. Januar dieses Jahres ist das einheitliche und verpflichtende Verfahren zur Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) eingeführt worden. Wichtig: Es gilt nur für Kolleginnen und Kollegen, die Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung sind. Das sind in der Regel alle Tarifbeschäftigten, es sei denn sie sind im Einzelfall privat krankenversichert. Privat Krankenversicherte und insbesondere auch Beamtinnen und Beamte mit Anspruch auf Heilfürsorge oder Beihilfe sind von den Änderungen ausgenommen. Für sie gibt es bislang und auch absehbar kein Verfahren zur elektronischen Arbeitsunfähig-

keitsbescheinigung. Im Krankheitsfall haben gesetzlich Krankenversicherte ab dem 1. Januar 2023 grundsätzlich weder der Beschäftigungsdienststelle noch der Personalabteilung eine AU-Bescheinigung in Papierform vorzulegen.

Die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung wird von dem jeweiligen Kassenarzt elektronisch an die zuständige Krankenkasse übermittelt und muss dort vom Arbeitgeber abgerufen werden. Diese Anforderung wird in Hamburg von den Personalabteilungen über KoPers vorgenommen. Die Pflicht der Kolleginnen und Kollegen, ihrer Beschäftigungsdienststelle den Umstand einer



bestehenden Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer unverzüglich mitzuteilen („Meldepflicht“), bleibt unverändert bestehen. Es entfällt dagegen die Pflicht der gesetzlich Krankenversicherten, der Dienststelle eine AU-Bescheinigung in Papierform vorzulegen („Vorlagepflicht“). Sie wird ersetzt durch die erwähnte Informationsabforderung der Personalabteilung bei den

Krankenkassen. Hinweis für gesetzlich Versicherte: Das Verfahren der eAU greift nicht bei „Kindkrank-Tagen“, Behandlungen im Ausland und für Beschäftigungsverbote in der Schwangerschaft. In diesen Fällen besteht weiterhin die Pflicht der Beschäftigten, eine AU-Bescheinigung beziehungsweise ein ärztliches Attest in Papierform beim Arbeitgeber vorzulegen.

> Ruhestand*

Folgende Kollegen sind zum 30. November 2022 in den Ruhestand gegangen:

LPD Morton Struve, Polizeivizepräsident

Schutzpolizei

PHK Gert Markmann	PK 38
PHK Michael Paschke	LBP 301
EPHK Andreas Schwarz	PK 36

Wasserschutzpolizei

PHK Hartmut Schmidt	WSP 7
---------------------	-------

Folgende Kollegin und Kollegen sind zum 31. Dezember 2022 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

POK Christian Soost	PK 26
PHK Thomas Sygulla	VD 52
AiPin Maren van't Hoog	LBP 10/VS

IT

Beschäftigter Günter Zander	IT 311
-----------------------------	--------

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

> Verstorben

POK i. R. Günter Artur Reetz (81) † 30.12.2022 PK 25

Wir werden unserem Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

„Zitiert“

„Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Klein-geisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“

Ferdinand Lassalle (1825–1864), Schriftsteller und einer der Gründerväter der deutschen Sozialdemokratie

